

# Kriegskasse und Rüstungsbudget

## Grundsätzliches zu Geld und Krieg

von Andreas Seifert

Ein Krieg kostet Geld. Rüstung kostet, auch in Friedenszeiten, Geld. Im Krieg wird massenhaft getötet und gestorben, werden Infrastruktur, Wohnhäuser und die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstört. Die psychischen und physischen Schäden, die Kriege anrichten, sind kaum zu ermessen – Leid entzieht sich einer Quantifizierung. Das Bestreben der Menschen sollte es sein, solche Zustände, Kriege, zu vermeiden... dass dem nicht so ist, kann immer wieder nur erschrecken.

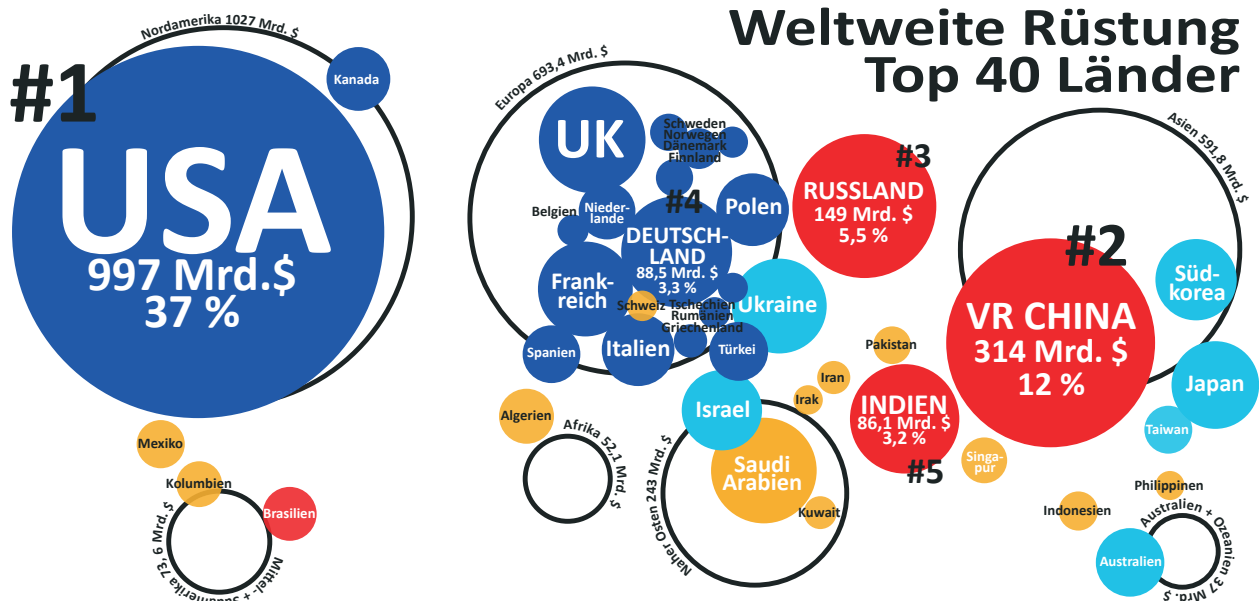
Kriege und Rüstung dienen der Umverteilung von Macht und Besitz. Sie sind gebunden an Interessen und Bedrohungsängste, sind bedingt durch soziale und ökonomische Ungleichheiten. An Kriegen, ihrer Vorbereitung und sogar an ihrer angeblichen Verhinderung wird „verdient“. Das „Kriegsgeschäft“ ist nicht nur eines des Tötens, sondern eines, bei dem Gesellschaften enorme Summe aufbringen, um Waffen zu kaufen, Soldaten auszubilden, Infrastruktur auf einen Kriegsfall vorzubereiten und ein geistiges Fundament für die Akzeptanz von Krieg zu legen.

Das ist auch und gerade aktuell der Fall, wie unter anderem der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge kritisiert: „Jedenfalls verstärkt Aufrüstung die soziale Ungleichheit, denn sie macht die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Hauptprofiteure der außen-, energie- und militärpolitischen Zeitenwende sind die Großaktionäre deutscher und US-amerikanischer Rüstungskonzerne. Dass ihr fast zwangsläufig eine sozialpolitische Zeitenwende folgt, wird zur Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit führen.“

### Kosten eines Krieges?

In der Geschichte gibt es immer wieder Versuche, die Kosten eines Krieges zu ermessen. Dabei wird in der Regel versucht, die Kosten eines Krieges als Mehrkosten gegenüber dem Friedenszustand zu berechnen – Kosten für Waffen, Munition und Soldaten, erweitert um die Kosten der Kriegsschäden. Dies geschieht oft aus der Perspektive der einzelnen Kriegspartei und beinhaltet damit immer auch eine Hierarchisierung, wer eigentlich welche Lasten

zu tragen hat. Die so entstehenden Summen sind nicht selten ebenso eindrucksvoll wie erklärungsbedürftig. So gibt der Wikipedia-Beitrag zu den Kosten des Deutsch-Französischen Krieges (1870/71) auf deutscher Seite rund 1,024 Mrd. Mark an – grob überschlagen rund 8 Mrd. € – wobei allerdings unklar bleibt, was einberechnet wurde.<sup>1</sup> Umfangreiche neuere Untersuchungen, wie z.B. die von Joseph E. Stiglitz und Linda J. Bilmes, berechneten z.B. die Kosten für den damals noch laufenden Irakkrieg (2003 - 2011) auf rund 3 Billionen \$.<sup>2</sup> Auch wenn Kritik an der Studie geäußert wurde, haben sie damit eine Debatte über die Berechnung der „realen Kosten“ des Krieges angeregt. So hat das Buch umfangreiche weitere Forschung ausgelöst – z.B. die Arbeiten im Umfeld des Projektes *Costs of War* an der Brown University.<sup>3</sup> Beispielhaft für die Fallstricke und auch Unmöglichkeiten in der Berechnung sei ein vom in München ansässigen Amerika Institut veröffentlichter Beitrag von Spiros Marakos zu den US-amerikanischen Kosten des Vietnamkrieges (1955-1975) genannt, der vor 50 Jahren zu Ende ging. Er beschreibt die Involvierung staatlicher Gelder und schlussendlich auch US-amerikanischer Soldaten in den Bürgerkrieg auf dem Subkontinent und berechnet die „Kosten“ für die USA.<sup>4</sup> Angefangen bei der (finanziellen) Unterstützung der französischen Versuche, die Kolonie Indochina zu halten über die destabilisierende „Entwicklungshilfe“ des verbliebenen Regimes in Südvietnam, über die Bereitstellung „militärischer Hilfe und Beratung“ bis hin zu den massenhaft nach Vietnam entsandten US-Soldaten. Dabei führt er nicht nur die jeweils steigenden finanziellen Verpflichtungen für die USA auf, sondern auch deren zum Teil desaströsen Folgen z.B. der verfehlten Hilfspolitik in Form von Lebensmittellieferungen. Auch die unmittelbar zu verbilligten Preisen abgegebenen Waffen haben demnach keineswegs bewirkt, einen „wehrhaften“ südvietnamesischen Staat aufzubauen, sondern vielmehr ein im Unterhalt immer teurer werdendes Militär geschaffen, das den Hang zur Repression nur noch verstärkte. Der direkte Eintritt der USA in die Kampfhandlungen verstärkte diese Tendenzen und führte zu einer beispiellosen Materialschlacht, deren Zynismus sich



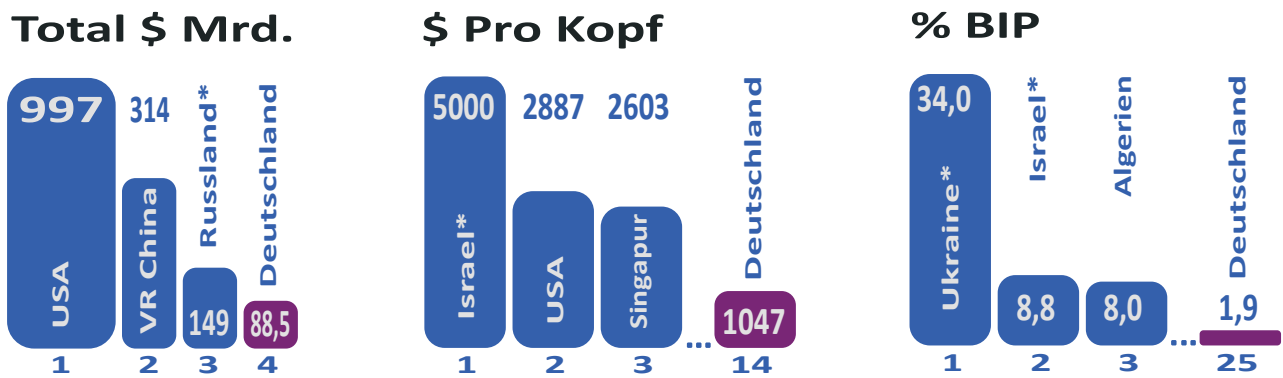
Rüstungsausgaben weltweit – Top 40 sind als Punkte ausgeführt – die schwarzen Kreise bilden die Gesamtheit der Region inkl. der nicht explizit genannten Länder ab. Quelle: SIPRI.

in der Berechnung von einer Tonne eingesetztem Sprengstoff pro getötetem Vietcong widerspiegelt. Marakotos kommt so auf nicht weniger als 177,4 Mrd. \$ an direkten Kriegskosten sowie weitere Kosten für Veteranen und selbstverständlich für Kredite und die geleistete Militär- und Entwicklungs-„hilfe“, womit er eine Gesamtbelastung für den Staat von 424,3 Mrd. \$ erhält. Damit nicht genug bewertet er und die von ihm zitierten Autor\*innen auch Kosten und Ausfälle für die Gesamtwirtschaft der USA – z.B. die Unterschiedskosten des Solds, den die Soldaten erhielten gegenüber den regulären Einkünften, die sie hätten haben können, die Ausfälle in den Einkommen durch im Krieg verwundete Soldaten, die keiner Arbeitstätigkeit mehr nachgehen konnten und schließlich auch die Verluste, die der US-amerikanischen Wirtschaft in Form von Inflation, Rezession bzw. Außenhandelsverluste entstanden sind. Berechnet wurde so auch der „Wert“ im Krieg gefallener Menschen (US-Bürger) als ein Ausfall nicht erwirtschafteter Einkommen. Hier sind noch einmal insgesamt 371 Mrd. \$ zu veranschlagen, womit der Vietnamkrieg Gesamtkosten von 798,4 Mrd. \$ verursacht hat – inflationsbereinigt entspräche das einem heutigen Wert von rund 4 Billionen \$.

An dieser ggf. sogar plausibel erscheinenden Zahl ist noch vieles Spekulation und Berechnung – es sind viel zu viele Überschneidungen und sicherlich auch noch viel zu viele Lücken festzustellen. Vor allem aber bildet sie die Kosten für die USA ab – die anderen Teilnehmer dieses Krieges dürften sicher noch eigene Berechnungen haben. Für den vietnamesischen Bauern, der Familienangehörige verloren hat, dessen Feld von Mörsergaranten umgepflügt wurde, dessen Haus abbrannte und der an einem Wald wohnte, der dank Agent Orange verseucht und ohne Blätter ist oder durch Napalm niederbrannte, dürfte die Berechnung eines volkswirtschaftlichen Schadens durch

entgangene Außenhandelsgeschäfte seltsam anmuten. Es bliebe festzuhalten, dass die größeren Kosten des Krieges sich nicht im Budget der USA abbilden lassen, sondern auf die Menschen in Vietnam zurückfielen.

Die Politikwissenschaftlerin Rosella Cappella Zielinski hat in ihrer Studie „How States pay for Wars“<sup>45</sup> die Finanzierung von Kriegen durch verschiedene Staaten seit Mitte des 19. Jahrhunderts untersucht. Sie macht drei unterschiedliche Wege aus – erstens durch die direkte Finanzierung mittels Besteuerung und Kriegsanleihen (War Bonds) bei der Bevölkerung, zweitens durch indirekte Besteuerung und die Erhöhung der Geldmenge durch das Drucken neuer Noten und drittens durch eine externe Finanzierung mittels Krediten oder der Mobilisierung externer Werte (Raubzüge). Die Entscheidung, welche dieser drei Optionen bzw. welche Kombination davon in welchem Umfang jeweils in Effekt gesetzt wird, macht sie zudem von politischen Kosten (z.B. Wählergunst, internationales Ansehen, ...) und dem Verlauf eines Krieges abhängig. Vor allem aber wird die staatliche Präferenz, so sieht Zielinski sich bestätigt, durch die Kapazitäten des Staates beschränkt, überhaupt Geldmittel aufbringen zu können – je weniger Ressourcen vorhanden sind, desto eher muss ergänzend auf Kredite zurückgegriffen werden. Konsequenterweise gehört demnach der Aufbau einer soliden Wirtschaftsbasis, die dann besteuert werden kann, durchaus mit zu den Kriegsvorbereitungen, wie Zielinski mit Verweis auf Japan im Vorfeld des russisch-japanischen Krieges von 1905 zeigt. Ganz entscheidend ist selbstverständlich – mit ihrem besonderen Blick unter anderem auf die USA – wo und wie sich ein Krieg physisch entwickelt. So kann ein Krieg die extraktive Kapazität eines Staates durch direkte Zerstörung und Invasion oder indirekt durch Blockaden reduzieren. Somit wird auch die Strategie zur Finanzierung eine andere sein, je nachdem,



Ausgaben für Militär - verschiedene Umlagemöglichkeiten. Quelle: SIPRI Fact Sheet, Trends in World Military Expenditure, 2025, April 2025. Eigene Berechnungen. \*Länder, die sich 2024 im Krieg befunden haben.

ob der Krieg im eigenen Land oder jenseits der Grenze gefochten wird.

### Kosten von Rüstung und anderer Kriegsvorbereitung

Die Aufwendungen für Kriegsgerät, Ausbildung von Soldaten und den Unterhalt einer Armee in Friedenszeiten werden von Vertretern der Rüstungsindustrie und selbstverständlich auch vom Militär als ein wesentlicher Bestandteil der Existenzsicherung eines Staates begriffen.<sup>6</sup> In der Logik gilt, dass das Vorhandensein einer einsatzfähigen Armee in einem Staat die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs durch einen anderen reduziert. Staaten trachten demzufolge danach, so viel Waffen und Soldaten zu haben, dass ein Nachbarstaat kein Interesse daran hat, sie zu überfallen – es ist eine Frage des Kräftegleichgewichts. Die „Investition“ in militärische Macht ist somit im Verhältnis zu den Investitionen der anderen zu betrachten. In der Logik bedeutete es also auch, dass wenn ein Staat mehr rüstet als die ihn umgebenden Staaten, sich diese animiert sehen, selbst mehr Geld in das Militär zu stecken. Jede Aufrüstung wird automatisch dazu führen, dass andere angesichts dieser „Bedrohung“ auch mehr rüsten. Wenn keine Mechanismen zur Eindämmung oder zum Abbau von Bedrohungsängsten etabliert werden, sind Rüstungsspiralen unvermeidlich.

Die Frage, wie viel Rüstung angemessen ist, ist keinesfalls einfach zu beantworten. Die Debatte innerhalb der NATO, die sich auf einen Prozentsatz des BIPs bezieht, hat dabei ebenso konzeptionelle Schwierigkeiten, wie eine, die sich an einem Ranking absoluter Ausgaben oder den Ausgaben pro Kopf der Staatsbevölkerung orientiert. Während im absoluten Zahlenvergleich die USA mit über 997 Mrd. \$ und 37 % aller Militärausgaben weltweit die Liste von SIPRI für das Jahr 2024 klar anführen, fallen sie mit dem Anteil von BIP in Höhe von 3,4 % auf den achten Rang zurück (siehe Grafik oben).<sup>7</sup> Legt man an diese Ausgabe ein Pro-Kopf-Verhältnis an, so wurde mit 2.887 \$ aber wiederum nur in Israel (5.000 \$/Kopf) mehr Geld

ausgegeben als in den USA. Deutschland, das bei SIPRI für 2024 mit seinen 88,5 Mrd. \$ auf den vierten Platz kommt, belegt mit einem BIP-Anteil von 1,9 % den 25. Platz und gibt mit 1.047 \$/Kopf schon mehr aus als der errechnete Durchschnitt aller erfassten europäischen Staaten (910 \$). Nimmt man hier z.B. die VR China als einen Vergleich, so fällt auf, dass die absolute Zahl die VR China zwar als zweitgrößte Militärmacht der Welt ausweist, sie jedoch gemessen am BIP mit 1,7 % hinter Deutschland und im Pro-Kopf-Vergleich mit ihren 221 \$ auf dem 32. Platz landet – würde die VR ähnlich viel wie Deutschland pro Kopf ausgeben, läge ihr Etat ganz grob bei 1.486 Mrd. \$ – wäre das angemessen? Würde man das 2 %-Ziel der NATO auf die VR übertragen, würde eine ebenfalls massive Steigerung sichtbar werden – von den derzeit 314 Mrd. \$ auf dann 370 Mrd. \$.

Selbstverständlich lässt sich hier noch zusätzlich einwenden, dass sich die Kaufkraftparitäten von der EU zu China zu einem Land in Südamerika deutlich unterscheiden,<sup>8</sup> doch sind sich auch die Experten nicht einig, wie sich dies auf die Bewertung realer Budgets auswirken wird – zumal der Einkauf von High-Tech-Waffen oft im globalen Norden erfolgt, Kosten für Personal/Soldaten lokal erfolgt etc. Der Militarisisierungsindex, der vom Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) aufrechterhalten wird, berücksichtigt z.B. noch weitere Kriterien und errechnet damit eine Rangfolge *militarisierter* Staaten – dort führen 2022/2023: Ukraine (335), Israel (257) und Armenien (223).<sup>9</sup>

Hier wird deutlich, dass sich die Höhe eines Verteidigungsbudgets in gewisser Weise einer (einfachen zahlenmäßigen) Rationalität entzieht und andere Kriterien ausschlaggebend sein müssen. Eine Debatte, die entlang der Budgets „anderer“ mit abstrakten „Verpflichtungen“ oder bloßen Annahmen, was andere an Waffen oder Geld „haben könnten“, läuft, wird kein tragfähiges oder gar legitimes Ergebnis zutage fördern. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Aufwendungen für Rüstung und Militär schwindet, sobald andere, von Bürgern und Bürgerinnen

als wichtiger empfundene staatliche Ausgaben nicht mehr umgesetzt werden können. Beides ist in der aktuellen deutschen Debatte zu beobachten.

## Heilmittel Schulden?

Dieser Aushandlungsprozess gesellschaftlicher Finanzprioritäten lässt sich auch mit der Aufnahme von Schulden nicht umgehen – irgendwann sind Schulden fällig und werden dann wiederum aus den laufenden Haushalten bezahlt. Einziger Unterschied: Bei der Rückzahlung wird es keine Debatte mehr geben, wofür das Geld einst ausgegeben wurde. Das heißt, der von der Bundesregierung angestrebte Freibrief für Rüstungsbeschaffungen, für den die parlamentarische Zustimmung mit dem Versprechen erkaufte wurde, auch in anderen Bereichen Schulden aufzunehmen, war eine Mogelpackung.<sup>10</sup> Einerseits benannte er die tatsächliche Belastung und Ausgabe nicht, zum anderen wurde (und wird) so auch verschwiegen, dass militärische Beschaffungen langfristige (!) Verpflichtungen über eine oder zwei Legislaturperioden hinaus darstellen. Oder, wie es der Aufrüstung an sich zugeneigte Ökonom Clemens Fuest mit Verweis auf die Aussage von Kanzler Scholz formuliert: „... die Rüstungsausgaben könnten ohne die Belastung der Bevölkerung erhöht werden. Gemeint ist, dass man dafür mehr Schulden aufnehmen kann. Dadurch werden die Lasten aber nur verschoben, sie verschwinden nicht. Die Botschaft, die Bevölkerung könne von den wachsenden Verteidigungslasten abgeschirmt werden, ist schlicht irreführend.“<sup>11</sup>

Die Trennung zwischen dauerhaften – und damit dauerhaft über steuerliche oder andere Einnahmen finanzierten – Ausgaben und temporär beschränkten Ausgaben, die man auch über kurzfristige Kreditaufnahmen finanzieren kann, ist entscheidend für die Spielräume, die der Regierung und dem Parlament bleiben, Akzente zu setzen. In der aktuellen Debatte wird die deutsche Aufrüstung nicht allein mit dem Argument einer militärischen Vorsorge begründet, sondern auch mit der Unterstützung der Ukraine im Krieg mit Russland. Hier muss die Frage erlaubt sein, ob sich mit der Finanzierung vor allem die (kurzfristige) Erneuerung der an die Ukraine abgegebenen Bestände oder die langfristige (dauerhafte) Aufrüstung verbindet.

Die im Kontext der 100-Mrd.-Zeitenwende oder der Aufhebung der Schuldengrenze jenseits von 1% des BIP für Rüstung entstehenden Schulden bleiben insofern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es ist nicht nur eines der unmittelbaren Zinsen, die sich zu beträchtlichen Festschreibungen für zukünftige Haushalte einstellen werden, sondern auch eines der gesellschaftlichen (Um-)Verteilung von Reichtum und Besitz. Die Perspektive, die dauerhafte Aufgabe Rüstung über Kredite zu finanzieren, wird nicht nur von Ökonomen<sup>12</sup> kritisch gesehen, sondern muss auch im Lichte einer schwächer werdenden Wirtschaft insgesamt mehr als nur hinterfragt werden.

Rüstung in der angestrebten schuldenfinanzierten Form bedeutet aller Wahrscheinlichkeit eine konkrete Umverteilung von Vermögen. Denn es sind Steuerzahler\*innen, die eine unspezifische Rüstung finanzieren (jetzt sofort und in der Rückzahlung staatlicher Schulden in einigen Jahren), von denen umgekehrt nur einige wenige in der Lage sein werden, durch den Kauf von Bundesanleihen, von den Zinsen zu profitieren. Zum anderen sind es Banken und die Besitzer\*innen von Aktien von Rüstungsunternehmen, die dauerhaft von hohen Renditen und der Verzinsung der Schulden profitieren.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Kriegskosten, wikipedia. Die Umrechnung auf € erfolgte nach einer Tabelle der Bundesbank.
- <sup>2</sup> Joseph E. Stiglitz, Linda Bilmes, *The Three Trillion Dollar War, The true cost of the Iraq conflict*, New York 2008.
- <sup>3</sup> Neben der genannten Webseite sei auch auf die Aufstellung von Rosella Cappella Zielinski verwiesen, die Daten zu rund 95 Kriegen von 1823 bis 2003 zusammengetragen hat und in dem Projekt „Confronting the Costs of War“ veröffentlicht.
- <sup>4</sup> Spiros Maraktos, *Die Kosten des Vietnamkrieges*, Deutsch-Amerikanischer Almanach, Nr. 9, Money, München 2001, Amerika Institut. Die Arbeit wurde beispielhaft zur Illustration herangezogen.
- <sup>5</sup> Rosella Cappella Zielinski, *How States pay for Wars*, New York 2016.
- <sup>6</sup> Zwei beliebige Beispiele: Carsten Breuer, *Kriegstüchtige Streitkräfte und eine wehrhafte Gesellschaft* sind zwei Seiten einer Medaille; sowie: Hans Christoph Atzpodien, *Rüstung als Rückgrat unserer Abschreckungsfähigkeit – die deutsche Industrie kann liefern!*, beide in: ifo Schnelldienst, 2/2025, S. 3-9.
- <sup>7</sup> Zugrunde gelegt wurde die „Trends in World Military Expenditure, 2024, SIPRI April 2025. Diese gibt detaillierte Angaben zu den Top 40 Ausgeberstaaten – unter diesen vierzig finden sich fast alle EU-Mitglieder aber nur ein afrikanischer Staat.
- <sup>8</sup> Siehe hierzu auch den Text von Özlem Demirel in diesem Heft.
- <sup>9</sup> Global Militarisation Index, gmi.bicc.de. Zur Erklärung siehe auch das Codebook Version 3.0 – Global Militarisation Index sowie den Beitrag im AUSDRUCK 3/2023. Die Zahl in Klammern verweist auf den erreichten Scoringwert.
- <sup>10</sup> Dabei soll hier nicht einmal auf den Umstand eingegangen werden, dass ein abgewählter Bundestag über ein Gesetz entschied, dass im bereits gewählten neuen Bundestag keine Mehrheit mehr hätte: keine rechtliche, wohl aber eine moralische Hypothek.
- <sup>11</sup> Clemens Fuest, *Wie kann Deutschland mehr Wehrhaftigkeit mit wirtschaftlicher Stärke verbinden?*, in: ifo Schnelldienst, 2/2025, S. 9-13.
- <sup>12</sup> Zu benennen wäre nicht nur der bereits zitierte Clemens Fuest, sondern auch der Tübinger Ökonom Gernot Müller, *Wie eine Aufstockung der Verteidigungsausgaben finanziert werden sollte*, in: ifo Schnelldienst, 2/2025, S. 14-16.